



fe dies wesentlich zwei Bedingungen: der guten und reichlichen Ernährung und der geringen, mit Kapazitäten entsprechenden Arbeitslosigkeit.

Es ist wichtig leicht gesagt, wie man mit Weisheit sein Leben ausrichten und weislich auf das Doppelte bringen könne, die größere Weisheit bestünde eben darin, die arbeitenden Klassen in Arbeit und Wohlstand zu versetzen, unter welchen ihnen die Möglichkeit der Erreichung dieses Zieles winkt.

Wesentlich erstreckt die Sozialdemokratie, wofür sie denn von den herrschenden Klassen, die sich nicht einmal zu einem Arbeitstage von acht Stunden, ja nicht einmal zu einem Jahres-Arbeitszuge am ersten Mai verstehen wollen, angefeindet und bekämpft wird. Die Erreichung eines hohen Alters ist heute gewissermaßen ein Privilegium der wohlhabenden Klassen, eine Unmöglichkeit fast für die armen und produktiven Klassen.

Die Lösung der Frage liegt in der Zukunft, aber die Arbeiter haben die Verpflichtung, ihrerseits zu dieser Lösung mitzuwirken. Dies thun sie durch ihre Einwirkung in die Gattungen der Sozialdemokratie.

### Tagesgeschichte.

**Immer mehr Geld der Reich!** Eine neue Vermehrung der Schatzkammer in Preußen wird im hiesigen Korrespondenzblatt als „möglich“ in Aussicht gestellt. Infolge der Ausdehnung des Anstaltens der Wäpfe könnte, so meint das offizielle Blatt, eine Vermehrung der Schatzkammer in Preußen in Erwägung kommen.

**Stinkt und jetzt.** Doch sind die Ansprüche, die heute an Minister gestellt werden, aufreißend und nervenzerstörend ist in dem Zeitalter der Plögligkeiten, des Systems und Personenwechsels, der Beruf. Doch sind diese hohen Beamten von heute auf morgen gebietet, wenn man der vorwärtigen Periode gedenkt. Jetzt werden sie entlassen, dekoriert und pensioniert. Wie war es vordem? Der spätere Friedrich Wilhelm IV., der damalige Kronprinz von Preußen, war es, der 1829 in Weimar bei der Verlobung seines Bruders Wilhelm zu dem Herrn v. Bögendorff, dem sächsischen Geschäftsträger zu Kassel, sagte: „Ich höre, mein Herr Onkel, der Kurfürst von Hessen, ist jetzt sehr gnädig; sonst prügelt er seine Minister alle acht Tage, jetzt nur alle vierzehn Tage, sagt man.“

**Die Erfolge der bairischen Konversion.** Jetzt liegt das endgültige Ergebnis der bairischen Konversion (Zinsherabsetzung) vor, und übertrifft das Resultat alle bisher durchgeführten Konversionen. Von der Gesamtsumme der zur Konversion gelangten Staats-Anleihen, welche 1100 Millionen Mark betrug, wurde nur der geringe Betrag von 67 100 000 M. wirklich getilgt. Der größte Teil dieses künftigen Kapitals befand sich in den Händen von Gläubigern, welche nicht in Deutschland wohnen. Das Ergebnis der Konversion stellt sich also dar, daß in ganzen sechs Taufenhundert Prozent getilgt wurden. Ein solches Resultat übertrifft alle bisherigen Erfahrungen, denn es ist praktisch gleichbedeutend mit einer Konversion, bei der von der Kündigung und dem Rechte, das Kapital zu beziehen, überhaupt kein Gebrauch gemacht worden ist. Hoffentlich folgt ihm das Reich schleunigst nach.

**Die Siege der Sozialdemokratie** verblüffen die Gegner immer mehr. Unsere Oldenburgier Genossen haben sich an den Landtagswahlen zum erstenmal beteiligt und gleich bemerkenswerte Erfolge erzielt. Zunächst haben sie das Wilhelmshafen-Bezirksmandat erobert. Besonders bemerkenswert ist aber, daß in der 6000 Einwohner zählenden Landgemeinde Oldenburg die liberale Klasse gegen die sozialdemokratische nur mit zehn Stimmen Mehrheit durchging. So stark hätte sich niemand die Sozialdemokraten vorgestellt.

**Einer aus dem Geschlechte der Buttstamer** scheidet der Königsb. Kant. Hg. folgende Schreiben ab:

W. v. Buttstamer, 21. September 96

An die Redaktion der Hartung'schen Zeitung.

Gemäß § 11 des Verfassungsgesetzes erlaube ich die Redaktion, in der Hartung'schen Zeitung sofort dem Bewahren Ausdruck zu geben, eine solche Nachricht über mich verbreitet zu haben.

Ich gebe den Wortlaut wie folgt an:

Wir bedauern und bedauern die erundene Nachricht betreffs des Herrn Reg.-Rat. v. Buttstamer durch unsere Unvorsichtigkeit weiter verbreitet zu haben.

Ich erlaube um sofortige Zurechtweisung eines Belegblattes und behalte mir alles andere vor.

W. v. Buttstamer, W. v. Buttstamer.

Der Herr v. Buttstamer sollte sich zunächst an das Studium des Verfassungsgesetzes machen, das er als Regierungsrat-Amtler eigentlich kennen mußte. Dann würde er bald sehen, daß sein Brief keine Verichtigung im Sinne des § 11 ist. Ein weiterer Kommentar des putzamerikanischen Briefes erübrigt sich.

**Die Postfach hör ich wohl.** Der Franz. Hg. wird geschrieben:

Innerhalb der konservativen Partei macht sich wieder eine Opposition gegen die einseitige Betonung des Agrarinteresses geltend. Die Partei hat bekanntlich mit ihrem Nationalen junger Betreibungen sehr viele Erfahrungen gemacht. Den Konservativen ist es ein Bedürfnis, den Streikgehalt zu erhalten, als diese aber oben waren auf dem Gange, ritten sie in die konservativen Jagdgründe und suchten sie für sich zu erobern. Mit den Christlich-Sozialen hat sie trotz der Zweideutigkeit Siders keine besseren Erfahrungen gemacht. Auch diese Partei ist abgeblendet und auch sie wird ihr Bestrebenmaterial in der konservativen Bevölkerung sammeln. Noch gefährlicher als jene beiden Richtungen kommt den Konservativen — zunächst wenigstens — das Agrarinteressen aufgeweicht und ihnen eine Stehns eine Neigung zur Kritik empfänglich hat, deren Ausgangspunkt man wohl stellen kann, deren Grundpfeiler aber jeder Verachtung entbehrt. Dieses Nachdenken, Kritik des Bestehenden und der wahren Kräfte sind gerade nicht Eigenschaften, die der konservativen Partei fähren. Das heißt diese auch oder doch wenigstens ein Teil von ihr, der das Agrarinteressen deshalb gern zurückdrängen möchte. So erklärt die Kritik, die die Annahme für irrig, daß die Konservativen nicht Bestreben zu thun wissen würden, als in der nächsten parlamentarischen Kampagne die Agrarfrage in der Vordergrund zu stellen. Der Antrag Karis werde nicht wieder eingebracht werden und die konservative Partei ganz andere Felder beackern als diejenige durch aus unerschöpflichen Boden. Auch andere konservativen Blätter betonen den agrarischen Schwerpunkt a. Z. merklich weniger, nur fragt es sich, ob die

Partei nicht an das Dichtwort von den gereiften Oeslern, die nicht mehr loswerden und erinert wird. Die Dichte, Legung, nicht auch der konservativen Partei bereits mit den Wählern, wenn nicht derartigen Dienstleistungen, wie die Schrift, die sie bringt, um sich abzuheben. Freilich weiß auch die Dichte, daß sie nicht, der Antrag wenig wieder eingebracht wird.

Je man, soviel freier und die konservative Partei bedauern? Sie ist die Partei des Großgrundbesitzes und des Agrarinteresses. Auch letzteres steht aber nicht mehr fest. Die Handwerker hat die konservative Partei an den Antisemitismus und an die Sozialdemokratie verloren, die Kleinrentner haben eine instinktive Abneigung gegen das Junkertum — also woher soll ein „ganz andres Feld“ genommen werden?

**Ständischer Ewiltismus.** Die Grenzboten schreiben: In dem Jahresbericht eines Gymnasiums wird über einen Besuch des Direktors berichtet, welcher lautet: „Am 28. September 1894 wurde der Direktor von Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig Alexander von Österreich zur Audienz zugelassen, um den unterthänigsten und ehrsüchtigsten Dank für die allergnädigste Entgegennahme des X. Gymnasialjahresberichts gebührend zu unterbreiten. Seine kaiserliche und königliche Hoheit geruhten, den ehrsüchtigsten Dank in gnädigster Weise entgegenzunehmen, dem Direktor eingehend über die Einwirkung und alle Verhältnisse der Schule huldvollst zu befragen und zu dem bermalen erreichten Zustande des Gymnasiums zu beglückwünschen und endlich Höflichkeit gelegendlichen gnädigsten Besuch der Lehranstalt huldreichst in Aussicht zu stellen. Am Ende der über eine Viertelstunde währenden Audienz geruhten Seine kaiserliche und königliche Hoheit, dem Direktor gnädigst die Hand zu reichen und die huldvollste Versicherung Höflichkeit weiterer Gewogenheit auszusprechen.“ — Wenn die Schüler dieses Direktors nicht Prachtexemplare an Mannesstolz und Gelehrtenwürde werden, dann ist ihnen nicht zu helfen.

**Lügen haben kurze Beine.** Der allbekannte Betrieb unserer bairischen Genossen, der Vorruit (Wormitz) in Genu, eine Produktiv- und Konsumgenossenschaft, ist in der letzten Zeit auf das Infamste beschimpft worden. Von wem? Von einem Anarchisten, dem laubenen Monsieur Demitte, der in dem Kadaworgang der holländischen Anarchisten, dem „Recht vor Allen“, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter des „Vorruit“ als unglücklich schuldig gezeichnet hat.

Das dies eine laubende Lüge war, stand von vornherein fest. Aber die bürgerliche Presse schlichtete diese Lüge aus. Tatsächlich sind die Angestellten des Vorruit am besten in Genu bezahlt. Es erhalten die Näherinnen im Vorruit für 12 farbige Männerhemden 2,76 Franken, in dem größten Burgeoisgeschäft 1,80 Fr., für 12 weiße Hemden 3,72 Fr. bzw. 2 Fr., für 12 Frauenhemden 2,16 Fr. bzw. 1,60 Fr., für 12 feine Damen 4,56 Fr. bzw. 2 Fr. Diese Zahlen sprechen deutlich. Zudem kommt, daß die Näherinnen in den Privatbetrieben ihren Zwirn mit 19 Centimes die Rolle bezahlen müssen, während er den Näherinnen im Vorruit unentgeltlich geliefert wird.

Aber es war auch gefehlt worden, daß der Vorruit den Arbeiterinnen „ungehörige“ Lohnsätze mache. Eine dreigliedrige, zur Hälfte aus Oppositionellen bestehende Kommission hat diese Sache eingehend untersucht und festgestellt, daß der Vorruit nie auch nur einen Heller vom Lohne der Näherinnen zurückgehalten hat, und daß die Behauptungen des „Recht vor Allen“ erlogen sind.

**Wegen Kaiserbeleidigung** und Beleidigung des bairischen Prinzregenten wurde gestern in Augsburg der Anarchist Heinrich Kilian zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

### Ausland.

**Italien.** Die Reaktion wütet weiter. Die letzte Nummer der Lotta di classe (Klassenkampf), des Mailänder Parteiorgans, wurde beschlagnahmt, der von Bernardino Verro in Corleone kirchlich gegründete Bauerverein „La Terra“ (Die Erde) aufgelöst und gegen den entlassenen Verro, einen Mitglied von 1893, ein Verhaftungsbefehl erlassen. Die Verhaftungsbefehle zählt man nicht mehr. Crispi, „revidierte“ die Wählerlisten, Rimini schied sich an, durch ein Gesetz das Wahrecht zu beschneiden und die Ausübung zu erschweren. Die Ausübung des Wahlrechts soll in zweijährigen Anstalten am Wahlort gebunden sein und in den größeren Städten soll das Stimmabgabensystem erprobt werden, um den Sozialisten ein Bein zu stellen.

**Dänemark.** Ein weiterer sozialistischer Wahlsieg. Helsingör, die alte Königstadt, die Hochburg der Konservativen, ist gefallen. Der sozialdemokratische Maschinenarbeiter Masman hat bei der Erziehung zum Reichstag über einen realistischen Kandidaten gesetzt. Und um die Siegesfreude vollständig zu machen, brachte der elektrische Draht fast gleichzeitig die Botschaft, daß in Stockholm Sozialdemokratie, trotz des sehr beschränkten schwedischen Wahlrechts, ebenfalls in den Reichstag gewählt sei. Der Fall Helsingör ist für die Rechte ein furchtbarer Schlag. Will volles Recht schrieb ein liberales Blatt: „Wenn die Rechte Helsingör nicht halten kann, dann sie überhaupt nichts halten.“ Der Zusammenhalt der Opposition war brillant. Die bürgerliche Linke stimmte wie ein Mann auf den sozialdemokratischen Kandidaten.

### Polizeiliches und Gerichtliches.

Im Dorfe Rehl bei Strassburg suchten die Genossen ein Lokal nach, auf einem freien Plage eine Versammlung abzuhalten, in welcher Bebel sprechen sollte. Der Gemeindevorstand genehmigte die Versammlung. Im Müstertal Baden scheint man die sächsischen Maximen einhalten zu wollen. Das gegen Genossen Coors in Erfurt eingeleitete Verfahren wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Abdruck eines Artikels über die Verurteilung des bairischen Duenel, ist eingestellt worden. Die konservativen Exemplare der Tribune sind zurückgegeben worden. S. Reichlagamt wurde Dr. 180 der Erfurter Tribune und des Norddeutschen Volksblattes und Nr. 96 der Freien Presse, weil sie Beleidigungen enthalten sollten.

### Parlamentarische.

Genosse Max Fiedlitzki, der wegen zweier drucklicher Reden, welche er in Dresden in Versammlungen gehalten worden, drei Wochen Gefängnis verbüßen mußte, ist gestern in die Freiheit zurückgekehrt. Die Reichsversammlung: Ein offener Brief an Seine Majestät Kaiser Wilhelm II., Verlang von B. Friedrich, Reichstag, ist in Bezug auf Antrag der Staatsratschaft in Dresden beschlagnahmt worden. Der Reichstag hat sich ein sozialdemokratisches Beirat gebildet. In der ersten parlamentarischen Versammlung traten etwa 200 Genossen dem Reichstag als Mitglieder bei. Zum ersten Vortragsabend wurde Genosse W. Deen gewählt.

### Soziale Ueberfahrt.

Die eintägliche die Krankenabrechnung ist, zeigen recht deutlich die Ergebnisse der Apothekenverkäufe. Darüber wird u. a. mitgeteilt: Die Apotheke in Scherzede (Dorf mit ca. 1000 Einwohnern in Schleswig) ist für 180 000 M. verkauft worden; der Vorbesitzer zahlte 80 000 M. Die Apotheke in Ronneburg, welche der verstorbene Besitzer vor 35 Jahren für ca. 100 000 M. erworben hatte, wurde für 250 000 M. verkauft. Die „Alte Apotheke“ in Lönbern, für welche vor fünf Jahren 135 000 M. bezahlt worden waren, wurde für ca. 200 000 M. verkauft. Die Reichsapotheke in Bochum wurde für 430 000 M. verkauft. Der hierbei erzielte Profit betrug also ziemlich eine Viertelmillion, da der bisherige Besitzer die Apotheke für 186 000 M. im Jahre 1879 erworb. „Wenn wir“, so schrieb die Pharm. Wochenzeitung, „als genaue Kenner der Bochumer Verhältnisse den Realwert der Apotheke mit höchstens 60 000 M. taxieren — aus mit Hauptkapital 40 000 M. Einrichtung 20 000 M. — so bleibt immer noch die häßliche Summe von 370 000 M. für den eig. Idealwert übrig.“ Das ununterbrochene Steigen der Apothekenpreise läßt sich im Königreich Württemberg aus folgender Zusammenstellung deutlich erkennen. Es betrug der durchschnittliche Kaufpreis für eine Apotheke in den ardh. Städten Klein-Ordnung für den 10jährigen Zeitraum 1876/85 121 577 M. 68 637 Fr. für den 5jährigen Zeitraum 1886/93 183 822 - 98 186 - im Jahre 1894 244 250 118 087 -

Auch das gehört mit zur „göttlichen Weltordnung“, daß die Kranken durch hohe Preise der Medikamente den gesunden Apothekern zum Reichtum verhelfen.

**Freie Wertzwahl.** In Köln hat die Dricktrankentasse für Fabrikarbeiter in ihrer Generalversammlung mit 63 gegen 21 Stimmen die Einführung der freien Wertzwahl beschloffen. Wöchten noch recht viele Dricktrankentassen diesem Beispiele folgen.

### Zur Arbeiterbewegung.

Former. In der Bundesversammlung in München legten die Genossen wegen Aufhebung zweier Kollegen die Arbeit nieder. Gegen Arbeiter wegen Lohnhinterzügen und um auch gegen die Ausweisung des Kom Mann zu protestieren, legten 600 Fabrikarbeiter in Hamburg die Arbeit nieder. Die Arbeiter der Konfektionsbranche in Berlin bereiten für das kommende Frühjahr eine neue Lohnbewegung vor. Die Arbeiter haben eine Lohnkommission zur Ausarbeitung eines neuen Lohnvertrages eingesetzt. Aus der Buchdruckerbewegung. Bei der Wahl des Berliner Gewerkschaftsverbandes der Buchdruckerorganisation wurde der zurückgetretene alte Gewerkschaftsleiter auf den 2. Vorkandidaten, der sich nicht wieder aufstellen ließ, mit 1706-1780 Stimmen wiedergewählt; die Kandidaten der Opposition erhielten 1427 bis 1649 Stimmen. Der Vorkandidat bemerkte dazu: „Doch die Opposition ist stark ist, wird der alte Verband wohl selbst nicht auflösen haben. Hoffentlich lehrt ihn das Wahlergebnis, daß wieder die Wahl des Rechtes bekräftigt werden muß, wenn der blühende Berliner Verein, wie der Verband überhaupt, nicht dauernd vom Unfrieden erfüllt bleiben soll.“ Auch im Gau Frankfurt-Hessen hat der alte Vorstand mit einer weit größeren Opposition zu rechnen, als anzunehmen war. Der bisherige Gewerkschaftsleiter Karl Dominus bekam 343, sein Gegner Ernst Dominus 213 Stimmen. Dagegen wurde im Gau Bayern der wegen Differenzen mit Döblin zurückgetretene oppositionelle Gewerkschaftsleiter Selig wiedergewählt. — Auch der Gewerkschaftsleiter für Schleien erhebt gegen den Ausschluß der Gewerkschaft der Buchdrucker-Wahl-Verarbeiter. Bei der Firma M. Werner in Düsseldorf haben 24 Arbeiter wegen Lohnhinterzügen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten.

### Wahl- und Pressepolitik.

Kalle a. C., 29. September 1896. Herr Leuschner und das Volkblatt. In der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht, in der sich Gen. Weismann wegen Beleidigung des Herrn Leuschner zu verantworten hatte, suchte Leuschner als Zeuge lo recht seinem Gewissen Luft zu machen über die Artikel des Volksblattes. Diefelben enthielten, so sagte er, unrichtig nur Lajunen und waren darauf berechnet, die „Autorität der Gewerkschaft“ zu untergraben. Als jedoch Herr Leuschner aufgefordert wurde, das Gegenteil von dem in jenen Artikeln Gesagte nachzuweisen, da suchte er sich hinter allgemeinen Ausdrücken zu verstecken, als vollends Gen. Weismann ihm die Frage vorlegte, ob nicht durch seinen Einfluß der Redakteur Müller von der Eislerer Zeitung um deswillen seinen Posten hätte verlassen müssen, weil er gegen die Gewerkschaft einige Artikel geschrieben hatte, da mußte sich Herr Leuschner nicht wehr zu retten und sagte, das gehöre nicht hierher. Gen. Weismann drang nunmehr auf die Beantwortung der Frage und so kam es denn trotz von den Lippen des Leuschner: „Wer nicht mit uns ist, muß weg!“ Und trotzdem klagt er, und trotzdem erfolgte die Verurteilung.

**Die Bürgererziehung vor den Stadterordneten.** Die Stadterordneten haben sich gestern als das benötigt, als was sie von der Arbeitererschaft schon immer gehalten worden sind. Sie haben die von seiten der Arbeiter gestellten Anträge auf monatliche Prüfung der vorgenommenen Streichungen bez. auf Rückgängigmachung der zu Unrecht erfolgten Streichungen abgelehnt. Und die Art, in der das geschah, war eine ausgedehnte. Den Herren Reichsanwälten Keil und Schütte war es vorbehalten, dem Magistrat den Rücken für sein Vorgehen zu beden. Wir können den ausführenden Bericht über die Verhandlung leider erst morgen veröffentlichen und behalten uns deshalb auch für die nächste Nummer eine Würdigung des Verhaltens der Herren Stadterordneten vor. Die Arbeiter begehren auch auf diesem Falle wieder, woran sie mit dem



